# EUROPÄISCHES PARLAMENT

*2004* *2009*

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

**2007/2145(INI)**

18.11.2008

# KOMPROMISSÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 19

**Entwurf eines Berichts**
**Giusto Catania**
(PE409.461v03-00)

über die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2004–2007
(2007/2145(INI))

AM_Com_NonLegCompr

**Änderungsantrag 1**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 17 -18

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 7**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden könnten***, insbesondere die Antiterrorpolitik, Misshandlungen und Anwendung von Gewalt durch die Polizei, das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel***; | 7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden könnten; |

Or. en

**Änderungsantrag 2**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 35-36-37-38

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 24**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fördern; ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren, einschließlich Ermittlungsverfahren, herangezogen werden; | 24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten***, insbesondere des Grundrechts auf Privatsphäre, Datenschutz und Nicht-Diskriminierung,*** gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte ***sowie des Schutzes personenbezogener Daten und der Privatsphäre im Einklang mit den Artikeln 7 und 8 der Charta*** zu fördern; ***fordert deshalb den Rat nachdrücklich auf, den Entwurf eines Rahmenbeschlusses über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, im Einklang mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments für höhere Standards anzunehmen;*** ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren, einschließlich Ermittlungsverfahren, herangezogen werden; |

Or. en

**Änderungsantrag 3**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 40-41

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 25**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 25. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Empfehlungen seiner Entschließung vom 14. Februar 2007 der behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen[1] umzusetzen***, die darauf abzielen, die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Praxis illegaler Überstellungen zu klären***; | 25. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Empfehlungen seiner Entschließung vom 14. Februar 2007 der behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen[1] umzusetzen; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die Erklärung des designierten US-amerikanischen Präsidenten, dass das Internierungslager Guantánamo Bay geschlossen werden soll und die Insassen vor Gericht gestellt werden sollen; fordert die Mitgliedstaaten auf zu erklären, dass sie bereit sind, gemeinsam Lösungen für die übrigen Insassen zu finden;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 4**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 43-45-46-47-48

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 30**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 30. ***fordert die Kommission auf, weiter an dem*** Vorschlag ***für ein Legislativpaket zu*** | 30. ***begrüßt den*** Vorschlag der ***Kommission für eine Richtlinie zur*** |

[1] ABl. C 287 E vom 29.11.2007, S. 309.

***arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs*** der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung ***umfasst***, und damit Artikel 21 der Charta ***umzusetzen***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; ***weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;***

***Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit außerhalb der Arbeit, wodurch der Anwendungsbereich der*** Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung ***erweitert*** und damit Artikel 21 der Charta ***umgesetzt wird***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt;

Or. en

**Änderungsantrag 5**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 56-58, und über den zweiten Teil von Änderungsantrag 58 wird getrennt abgestimmt werden

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 38**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 38. betont, dass es kein gemeinsames Kriterium für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition auf der Grundlage der Empfehlung 1201 des Europarates (1998) zu erarbeiten; | 38. betont, dass obwohl der Schutz von Minderheiten einen Teil der Kriterien von Kopenhagen ist, es weder ein gemeinsames Kriterium noch Mindeststandards für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition auf der |

Grundlage der Empfehlung 1201 des Europarates (1993) zu erarbeiten; ***fordert alle Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, zur Unterzeichnung und Ratifizierung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen und der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten auf;***

Or. en

**Änderungsantrag 6**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 68-69-70-73-74-75

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 43**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma ***folgende*** Probleme angehen muss: | 43. betont, dass ein umfassender***, aktions- und menschrechtsorientierter*** Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma ***die wahren*** Probleme angehen muss***, indem sie einen „Fahrplan“ für die Mitgliedstaaten mit Zielen und Prioritäten vorlegt und die Überwachung und Bewertung der Prozesse erleichtert***: |
| – die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen; | – die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ***Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibungen und*** ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen ***sowie bei der Gesundheitsfürsorge durch die Entwicklung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Rechtsvorschriften zur Nichtdiskriminierung durchzusetzen und Schritte zu entwickeln, um das Problem*** |

| | |
|---|---|
| | ***der hohen Arbeitslosenrate anzugehen***; |
| – die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind; | – die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind; |
| – die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung ***und Zugang zu Verhütungsmitteln***; | – die ***weit verbreitete Roma-feindliche Einstellung, die*** weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen***, Segregation*** sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung; |
| – Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, ***die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden***; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, ***der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt***; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren; | – Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei***;*** Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren; |
| | ***– die besonders schwierige Lage der Roma-Frauen, die mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 7**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 77-78-79-80-81

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 44a (neu)**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***44a. fordert die Mitgliedstaaten und die EU auf, durch effiziente Maßnahmen, gegen die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen (einschließlich Ehe, Partnerschaft und anderen familiären Beziehungen) und gegen mehrfache Diskriminierung (die aus Gründen des Geschlechts und zur gleichen Zeit aus anderen Gründen erfolgt) vorzugehen;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 8**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 84-85

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 46 a (neu)**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***46a. fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union auf, sexuelle Ausbeutung in all ihren Formen anzuerkennen und zu verfolgen; Mitgliedstaaten, die den vereinbarten EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels nicht gerecht werden, sollten zur Rechenschaft gezogen werden[1] . die Mitgliedstaaten sollten das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Ergänzung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, und das*** |

[1] Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren; 2002/629/JI: Rahmenbeschluss des Rates vom 19. Juli 2002 zur Bekämpfung des Menschenhandels.

***Übereinkommen des Europarats über Maßnahmen gegen Menschenhandel ratifizieren; fordert die Kommission dringend auf, den Aktionsplan gegen Menschenhandel umzusetzen;***

Or. en

**Änderungsantrag 9**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 87-90-91

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 47 und 47 a (neu)**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 47. betont, dass das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ***für*** eine angemessene Sexualerziehung ***zu sorgen***, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung ***zu stellen sowie*** die Möglichkeiten der Verhütung ***zu vereinfachen***, damit jede unerwünschte Schwangerschaft ***sowie*** illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können; | 47. betont, dass das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ***dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Rechte uneingeschränkt ausüben können, dass*** eine angemessene Sexualerziehung ***eingerichtet wird***, ***dass*** Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung ***gestellt und*** die Möglichkeiten der Verhütung ***vereinfacht werden***, damit jede unerwünschte Schwangerschaft ***und*** illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können***, sowie dass die Praxis der Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen bekämpft wird***; |

Or. en

**Änderungsantrag 10**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 124-125

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 62**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 62. fordert die ***Sozialpartner*** auf, ***erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um*** Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu ***beseitigen***, und den Zugang von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern; | 62. fordert die ***die Mitgliedstaaten*** auf, ***eine noch stärkere Einbeziehung von Sozialpartnern bei der Durchführung von Aktionen zur Beseitigung von*** Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu ***fördern***, und den Zugang von ***jungen und*** älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern; ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, die dies noch nicht getan haben, das VN-Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen und das dazugehörige Fakultativprotokoll zu ratifizieren;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 11**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 126-127

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 63**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 63. hält es für wichtig zu gewährleisten, dass alle, die geriatrische Versorgung und eine Behandlung auf Grund von Krankheit oder Invalidität benötigen, Zugang zu hochwertiger Versorgung und Pflege haben; | 63. hält es für wichtig zu gewährleisten, dass alle, die geriatrische Versorgung und eine Behandlung auf Grund von Krankheit oder Invalidität benötigen, Zugang zu Versorgung und Pflege haben***, und betont die Notwendigkeit, dass der Bereitstellung von Pflege und dem Schutz von behinderten jungen Menschen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird***; |

Or. en

**Änderungsantrag 12**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 128 - 131 -132 - 134 - 135

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 63 bis 67 zu den Streitkräften**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 64. verweist darauf, dass die Grundrechte auch in Kasernen und für Bürger in Uniform***, d. h. Angehörige der Streitkräfte,*** gelten; | 64. verweist darauf, dass die Grundrechte auch in Kasernen und für Bürger in Uniform *uneingeschränkt* gelten***, und empfiehlt den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass die Grundrechte auch in den Streitkräften eingehalten werden***; |
| ***65. empfiehlt allen Mitgliedstaaten der EU, den Angehörigen ihrer Streitkräfte das Recht zu gewähren, Berufsverbände zu gründen, ihnen beizutreten und sich aktiv an ihrer Arbeit zu beteiligen und Kollektivverhandlungen zu führen, um ihre sozialen Interessen zu vertreten;*** | |
| ***66. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Angehörigen der Streitkräfte, die sich im aktiven Dienst befinden, das Recht einzuräumen, bei Wahlen zu kandidieren und demokratischen Parteien beizutreten;*** | |
| ***67. empfiehlt den Mitgliedstaaten, eine unabhängige zivile Instanz zu schaffen, d. h. einen „Soldatenbeauftragten“ zu benennen, der vor allem die Aufgabe hat, zu gewährleisten, dass die Grundrechte in den Streitkräften eingehalten werden;*** | |

Or. en

**Änderungsantrag 13**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 139-141-143

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 69**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***realistische*** und langfristige ***Einwanderungspolitik*** sowie ***flexiblere*** Regeln für Asylsuchende ***festzulegen***, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist; | 69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***effektive*** und langfristige ***Politik für legale Einwanderung einzuführen*** sowie ***den tatsächlichen Zugang zum Gebiet der EU und zu einem Verfahren mit flexibleren und koordinierten*** Regeln für Asylsuchende ***zu garantieren***, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist; |

Or. en

**Änderungsantrag 14**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 155-156 und 158

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 80**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt | 80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt |

| | |
|---|---|
| wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie ***die Interessen des Kindes berücksichtigt*** werden; ***verurteilt*** die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; ***verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;*** | wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie ***das Kindeswohl berücksichtigt wird, wobei jedoch die wichtige Rolle und die Verantwortung der Eltern anerkannt*** werden ***müssen***; ***macht auf*** die Tatsache ***aufmerksam***, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt***,*** und ***betont,*** dass***, wenn*** Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren***, dies weder diskriminierend noch langfristig und dadurch gerechtfertigt sein sollte, dass für eine bessere Ausbildung für alle Kinder gesorgt wird, einschließlich des Erlernens der Sprachen des Aufnahmelandes***; |
| | Or. en |

**Änderungsantrag 15**

Kompromissänderungsantrag anstelle des Änderungsantrags 173

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 89**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 89. ***betont, dass es in der Zuständigkeit der*** Mitgliedstaaten ***liegt***, die Lebensbedingungen und die Umstände der Integration von ***rückgeführten*** Personen in ***ihren Herkunftsländern*** zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass diese Personen eine angemessene Unterstützung erhalten; ***hält es jedoch für weitaus wichtiger, die Situation der Migranten zu überprüfen, die in Transitländer rückgeführt worden*** | 89. ***fordert die*** Mitgliedstaaten ***nachdrücklich auf***, die Lebensbedingungen und die Umstände der Integration von Personen***, die*** in ***Herkunfts- und Transitländer rückgeführt wurden,*** zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass diese Personen eine angemessene Unterstützung erhalten; |

***sind;***

Or. en

**Änderungsantrag 16**

Kompromissänderungsantrag anstelle des Änderungsantrags 188

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 104**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 104. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der vielfältigen Diskriminierung von Kindern besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die häufig die verschiedensten Formen annimmt, von der vor allem Straßenkinder, die ethnischen Minderheiten oder Migrantengruppen angehören, sowie behinderte Kinder betroffen sind und die dazu führt, dass ihnen der Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge verwehrt bleibt; | 104. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der vielfältigen Diskriminierung von ***jungen Menschen und*** Kindern besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die häufig die verschiedensten Formen annimmt, von der vor allem ***Kinder, die in Armut leben,*** Straßenkinder ***und junge Menschen***, die ethnischen Minderheiten oder Migrantengruppen angehören, sowie behinderte Kinder ***und junge Menschen*** betroffen sind und die dazu führt, dass ihnen der Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge verwehrt bleibt; |

Or. en

**Änderungsantrag 17**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 224-225

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 133**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den*** am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren ***hochwertige Arbeitsplätze*** | 133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***die soziale Integration der*** am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren ***zu unterstützen*** und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; |

***anzubieten*** und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass ***solche*** Strategien ***auch*** Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, *gute* Arbeitsbedingungen und ***Arbeitsplatzsicherheit berücksichtigen sollten***;

ist der Auffassung, dass ***bei solchen*** Strategien ***ein faires Gleichgewicht zwischen den*** Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, *guter* Arbeitsbedingungen***, des sozialen Schutzes*** und ***der Beschäftigungsfähigkeit hergestellt werden sollte***;

Or. en

**Änderungsantrag 18**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 227

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 138**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 138. weist *nachdrücklich* auf die Tatsache hin, dass die oberste Aufgabe der Arbeitsaufsicht darin besteht, Arbeitnehmer zu schützen, ***und nicht, die Einwanderungsgesetze anzuwenden,*** und fordert die Mitgliedstaaten deshalb auf, | 138. weist auf die Tatsache hin, dass die oberste Aufgabe der Arbeitsaufsicht darin besteht, Arbeitnehmer zu schützen, und fordert die Mitgliedstaaten deshalb auf, |

Or. en

**Änderungsantrag 19**

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge 229

**Vorschlag für eine Empfehlung**
**Ziffer 138 – erster Bezugsvermerk**

| *Vorschlag für eine Empfehlung* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – ***Fragen der Rechtsstellung von Einwanderern von Inspektionen am Arbeitsplatz zu trennen, und*** dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere Rechtsbehelf gegen | – dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere Rechtsbehelf gegen einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält, ohne dass ihnen die Ausweisung droht; |

einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält, ohne dass ihnen die Ausweisung droht;

Or. en